

aus: Eulenspiegel,
Juli 2005



Doch es kam noch schlimmer. Solange zwischen der so genannten Gestaltungsmehrheit, bestehend aus CDU und FDP, und der Opposition aus SPD, Grüne und LiLi zunächst eine Pattsituation herrschte, bediente sich die CDU und FDP des ehemaligen Mitgliedes der „Republikaner“ Hirzl, der, „liberal“ gewendet, als Parteiloser der Gestaltungsmehrheit die Stimmenmehrheit sicherte.

Mit dem Übertritt des Fraktionsvorsitzenden der FDP zur SPD existiert diese Gestaltungsmehrheit nicht mehr. CDU und FDP gestalten jetzt offen mit den Stimmen der Republikaner.

Die Linke Liste verurteilt eine derartige Praxis und wird dies, wo immer sie kann, öffentlich anprangern.

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck

Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

Linke Liste Wiesbaden



Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Dieses Brechtzitat hat auch heute noch seine volle Gültigkeit. Im Jahr 2004 konnten rechtsextreme Parteien bei Landtags- und Kommunalwahlen erschreckend hohe Wahlerfolge erzielen. NPD und DVU sind in Landesparlamenten vertreten, NPD und „Republikaner“ verfügen teilweise über große Fraktionen in Kommunalparlamenten: so die „Republikaner“ in Wiesbaden.

Weit über 100 Menschen sind in den letzten zwei Jahrzehnten rechten Gewalttätern zum Opfer gefallen. Die Zahl der zum Teil schwer Verletzten geht in die Tausende. Angriffe gegen Asylbewerber/innen und andere Migrant/innen, gegen Obdachlose und Behinderte, gegen Jüdinnen, Juden und Linke sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Die Täter/innen sind mitten unter uns und die Armen und Ausgegrenzten dieser Gesellschaft sind ihre bevorzugten Opfer. Aber der Nährboden, auf dem die Saat dieser Gewalt wächst, reicht weit in die Mitte einer nach rechts driftenden Gesellschaft – es handelt sich keineswegs allein um ein Randphänomen „extremistischer“ Gewalttäter.

Dem Rassismus und der damit einhergehenden Ausländerfeindlichkeit der rechtsradikalen Parteien wie NPD oder „Republikaner“ steht eine Politik des Sozialabbaus auf Bundes-, Landes-, aber auch auf der kommunalen Ebene gegenüber, die ausländer-

Rechte Gewalt
nimmt zu

Sozialabbau
fördert rechtes
Gedankengut

feindliche Stimmungen befördert. Arbeitslosigkeit, das Abwälzen der Krisenlasten auf sozial Benachteiligte befördert eine Haltung, bei der die Parolen der rechtsradikalen Parteien wie „Das Boot ist voll“, „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“ Anklang finden.

Die Kommune ist deshalb genau der Ort, an dem Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpft werden sollte. Die Linke Liste beteiligt sich vor Ort aktiv an Bürgerinitiativen gegen neofaschistische Bestrebungen und unterstützt Demonstrationen gegen Naziaufmärsche. Dazu gehen wir auf lokaler Ebene Bündnisse mit gleichgesinnten Organisationen oder Personengruppen ein. Wir fordern von der Stadt antiaschistische Aktivitäten politisch aber auch finanziell zu unterstützen.

... aus der Geschichte lernen

Das oft ausgesprochene Bekenntnis, aus der Geschichte zu lernen, wobei hier im Besonderen die leidvolle Geschichte des Hitlerfaschismus gemeint ist, scheint bei einer Vielzahl von Wiesbadener Stadtverordneten zu einem Lippenbekenntnis zu verkommen. Gemeinsam lehnten die Fraktionen von CDU, FDP und „Republikanern“ die Durchführung einer Wehrmachtsausstellung, die sich kritisch mit der Rolle der Wehrmacht im 2. Weltkrieg auseinandersetzt, in städtischen Räumen Wiesbadens ab.

Mit Empörung haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass der NPD die Durchführung einer „Wahlkampfveranstaltung“ mit An-



sprache ihres Bundesvorsitzenden auf dem Dernschen Gelände von der Stadtverwaltung anstandslos genehmigt worden ist, obwohl die NPD nachweislich eindeutig verfassungsfeindliche und volksverhetzende Ziele verfolgt. Die LiLi hat darum entschieden ihren Protest gegen die NPD-Kundgebung zum Ausdruck gebracht und fordert weiterhin: Wiesbaden darf kein Platz für nazistische Propaganda sowie rassistische und antisemitische Hetze jeglicher Art sein.

Aus demselben Grund ist es unser erklärtes Ziel, durch entsprechende Aktivitäten inner- und außerhalb des Parlaments immer wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, dass die Programmatik der „Republikaner“ mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist – siehe auch das Bild oben zur konstituierenden Sitzung des Stadtparlamentes 2001.

Die LiLi schlug deshalb vor, auf der konstituierenden Sitzung am 26. April 2001 bei der Festlegung der Größe der Ausschüsse die Zahl der Ausschussmitglieder auf 8 festzulegen, um damit zu erreichen, dass die Reps in keinem Fall durch ihr Stimmverhalten Einfluss auf Entscheidungen von Ausschüssen haben. Dem Antrag wurde von den anderen Parteien leider nur zum Teil zugestimmt.

REPs sind verfassungsfeindlich

Aktionen, Anträge und Anfragen der LINKEN LISTE

April 2001	ANTRAG an die Stadtverordneten-Versammlung, den Einfluss der REP-Fraktionsvertreter einzuschränken: Reduzierung der Anzahl der Mitglieder in den Ausschüssen der STVV sowie der ehrenamtlichen Stadträt/innen des Magistrats auf acht Personen.
November 2001	ANTRAG an die STVV: Unterstützung des Projekts „SPURENSUCHEN BRÜCKEN BAUEN“ aus Anlass des Besuches von ehemaligen Zwangsarbeiter/innen in der LH Wiesbaden
August 2002	AKTION gegen Wahlkampfauftritt der NPD in Wiesbaden
Juni 2005	Erfolgreiche AKTIONEN zur Verhinderung eines von den REP am 18. und 19. Juni im europäischen Maßstab geplanten Jungentreffens ins Mainz-Kostheim